

Erzdiözese Freiburg | Postfach | 79095 Freiburg

Erzdiözese Freiburg

Erzbischöfliches Ordinariat

Hauptabteilung 8 – Finanzen

Referat Controlling und Reporting

Ansprechperson: Susanne Herr

Tel. +497612188324

Susanne.Herr@ordinariat-freiburg.de

Ihr Schreiben vom:

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen: 73.31#1[6]2020/51810

6. August 2020

Schuldendienstbeihilfe Ziffer 2.4.1 SZW-O 2020/2021
Dispens Kirchensteuerausschuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben den Zuschüssen aus dem Bauförderfonds stellt die Aufnahme von Darlehen mit Bewilligung einer Schuldendienstbeihilfe einen wesentlichen Baustein der Finanzierung kirchengemeindlicher Bauvorhaben dar.

In den Haushalten der Kirchengemeinden werden diese Finanzierungen im Rahmen der Investitionsplanung entsprechend etatisiert; wodurch sich – in Abhängigkeit des Finanzierungsvolumens - gravierende Auswirkungen für den Haushalt und die Bewirtschaftung einer Kirchengemeinde ergeben können.

1. Rechtliche Grundlagen

a) Die Möglichkeit der Darlehensaufnahme einer Kirchengemeinde ist in **§ 7 Abs. 1 Nr. 11 KVO Teil V** geregelt. Hiernach handelt es sich um ein, unabhängig von der Wertgrenze, genehmigungspflichtiges Rechtsgeschäft. Ebenso sieht die Regelung keine Ausnahme hinsichtlich der Darlehensaufnahme beim KDF vor. Das bedeutet: Darlehensaufnahmen beim KDF bedürfen vor deren Vergabe ebenso einer Genehmigung durch die Hauptabteilung 8 Finanzen.

b) Darüber hinaus regelt **Ziffer 2.4.1 der Schlüsselzuweisungs- und Ausgleichstockordnung 2020/2021**, dass einer Kirchengemeinde / Gesamtkirchengemeinde, die trotz Schlüsselzuweisungen nach Ziffer 2.1 bis 2.3 nicht in der Lage ist, ihren Haushalt auszugleichen, zur Bestreitung der Schuldendienstleistungen eine Beihilfe in Höhe von 40% aus dem treu-

händerisch in der Hauptabteilung 8 Finanzen verwalteten Anteil der Kirchengemeinden / Gesamtkirchengemeinden gewährt werden kann.

2. Neuregelung

Da viele Kirchengemeinden auf diese Beihilfe in Höhe von 40% zur Schuldendienstleistungen angewiesen waren und sind, wird nach Beschluss des Kirchensteuerausschusses, unter Vorbehalt der abschließenden Genehmigung der Kirchensteuervertretung, Ziffer 2.4.1. der Schlüsselzuweisungs- und Ausgleichstockordnung in der Weise geändert, dass die Schuldendienstbeihilfe ohne Prüfung der Bedürftigkeit, unabhängig der Maßnahme, gewährt wird. Damit wird die rechtliche Regelung der bisherigen Praxis angeglichen. Eine Prüfung gem. § 7 Abs. 1 Nr. 11 KVO Teil V ist weiterhin erforderlich.

Sofern die Kirchensteuervertretung der Änderung der Schlüsselzuweisungs- und Ausgleichstockordnung 2020/2021 nicht zustimmt, erfolgt eine nachträgliche Änderung der Bescheide gem. Ziffer 2.4.1 der Schlüsselzuweisungs- und Ausgleichstockordnung 2020/2021.

3. Umsetzung

Es ist wie folgt vorzugehen:

- Die Anträge werden durch die Verrechnungsstellen und Verwaltungen der Gesamtkirchengemeinden in Hauptabteilung 9 Immobilien- und Baumanagement eingereicht
- Hauptabteilung 9 Immobilien- und Baumanagement prüft und bearbeitet diese (vgl. hierzu Aktenvermerk Gespräch 06.02.2020) und erstellt im Entwurf ein entsprechendes Genehmigungsschreiben
- Hauptabteilung 9 Immobilien- und Baumanagement gibt den Vorgang in der E-Akte an das Referat Controlling und Reporting weiter
- Hauptabteilung 8 Finanzen genehmigt die Darlehensaufnahme gem. § 7 Abs. 1 Nr. 11 KVO Teil V und gewährt die Schuldendienstbeihilfe.

4. Auswirkungen

Sofern die Kirchengemeinden im Zeitraum vom 01.01.2020 bis 31.07.2020 einer Bedürftigkeitsprüfung unterzogen wurden und in deren Folge die Gewährung einer Schuldendienstbeihilfe nicht genehmigt wurde, können die abgelehnten Fälle erneut in Hauptabteilung 9 Immobilien- und Baumanagement eingereicht werden. Der weitere Ablauf ist Ziffer 3 zu entnehmen.

5. Kirchensteuervertretung

Die Kirchensteuervertretung wird in ihrer Novembersitzung über das Votum des Kirchensteuerausschusses abstimmen.

Mit freundlichem Gruß



Alexander Hanke
Ordinariatsrat | Leiter Hauptabteilung 8 Finanzen



Prof. Dr. Annette Bernards
Vorsitzende der Kirchensteuerver-
tretung